Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

15.6.1928 (No. 138)

Visual Library

Nr. 138 — Freitag, den 15. Juni 1928 — 171. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Badische Landwirtschaftskammer

DZ. **Karlsruhe**, 15. Juni.

Im Sitzungssaal des Landtages trat heute vormittag die 33. **außerordentliche Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer** zusammen, um über die in der letzten Vollversammlung strittigen Beamtensatzung und -besoldung zu beraten. Damals mußte auch die Erledigung des Voranschlages verschoben werden, die heute gleichfalls auf der Tagesordnung steht.

Präsident Dr. Graf **Douglas** eröffnete die Tagung mit herzlichen Begrüßungsworten und widmete dem verstorbenen Alterspräsidenten Ziegelmaier, Langenbrücken, einen ehrenden Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des verdienten Mannes durch Erheben von den Sitzen. Als Vertreter der Regierung ist Oberregierungsrat Cronberger vom Ministerium des Innern erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Präsident **Gebhard** eine Mitteilung des „Freien Landwirt", wonach Gebhard als Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer bei Reisen täglich 75 *RM* Diäten beziehe usw., von A—Z erlogen. Die Vergütung betrage 10 *RM*; außerhalb des Landes das Doppelte. Der Artikelschreiber solle Gelegenheit erhalten, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten.

Nach einem Bericht des Präsidenten **Wachs**, Winklerhof, wird sodann ohne Aussprache einem Antrag zugestimmt, wonach Grundstücke im Gesamtwert von 200 000 *RM* im Rechnungsjahre 1928/29, soweit dies im Interesse der Landwirtschaftskammer liegt, gekauft und verkauft werden dürfen.

Es folgt der einleitende Bericht des geschäftsführenden Direktors Dr. **von Engelberg** über den Voranschlag 1928/29. Er führt aus, daß er sich dabei keiner angenehmen Aufgabe unterziehe; denn der Voranschlag trage in allem den Stempel des Kompromisses. Seit Januar habe sich jede Vorstandssitzung mit ihm beschäftigt. Es mußten bedeutende Streichungen vorgenommen werden. Der Referent äußert sich dann über die Maßnahmen der Sanierung der Finanzen der Kammer und in diesem Zusammenhang über die Lage ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen, die liquidiert seien, bis auf die Vieh- und Obstverwertung. Hierin erblicke man aber weniger ein wirtschaftliches Unternehmen als ein Mittel zur technischen Förderung der Landwirtschaft. Würden Verluste eintreten, so müßten sie im nächsten Voranschlag angefordert werden. Bei Unternehmungen, deren Nutzen für die Landwirtschaft in Baden eintretende Verluste aufwiegen würde, wäre zu erwägen, daß man sie aufgibt.

Der Schuldentilgungsbetrag von 50 000 *RM* ist diesmal im Voranschlag nicht eingesetzt, da sich der Vorstand für die Erhöhung der Liquidität des Vermögens entschieden hat. Dagegen ist ein sehr hoher Posten für den Zinsendienst eingestellt. Nötig fällt eine Umlageerhöhung um 3 *Rpf* auf 35 *Rpf*. Das sei u. a. auf die Kürzung des Staatsbeitrages von 76 000 Reichsmark auf 50 000 *RM* zurückzuführen, was als ein Beginn des Abbaues bezeichnet worden sei. Man müsse sich gegen die Begründung der Regierung wenden; es handle sich bei der Tätigkeit der Kammer um die Erfüllung eines Teiles der allgemeinen Staatsaufgaben. Der Besoldungsaufwand erfährt eine Erhöhung um 20 000 *RM*. Der Vorstand macht noch den Eventualvorschlag, entweder die 3 *Rpf* Umlageerhöhung zu bewilligen oder bestimmte Ausgaben zu streichen. Dr. von Engelberg schließt: Nehmen Sie der Kammer nicht die Kraft, die Durchführung des Notprogramms, das für uns im Süden wenig genug bietet, einigermaßen erträglich zu gestalten.

Direktor **Füller** gibt namens des Hauptverbandes die Erklärung ab, daß seine Gruppe den Voranschlag **ablehnen** müsse im Hinblick auf die Tatsache, daß Betriebsverluste von 200 000 *RM* zu verzeichnen seien, trotzdem in den letzten drei Jahren 1,1 Millionen mehr an Umlagen erhoben worden seien.

Präsident **Wachs** vom Landw. Verein, unterstützt durch einen weiteren Vertreter seiner Gruppe, betont, daß man dafür sorgen müsse, die Kammer betriebsfähig zu erhalten. Sonst wäre das Geld für die begonnenen Arbeiten hinausgeworfen. Ein schwerwiegendes Moment bilde die Schuldentilgung. Diese dürfe man nicht außer acht lassen und müsse eher eine Umlageerhöhung von 5 statt 3 *Rpf* in Kauf nehmen.

Abg. **Strobel** erklärt die Zustimmung der Arbeitnehmervertreter zum Voranschlag.

Bürgermeister **Weißhaupt**, Meßkirch, wiederholt die Gründe für die Ablehnung.

Direktor **Aengenheister** (Bauernverein) ist dafür, daß man den Boden der Verständigung sucht. Eine kurze Unterbrechung der Sitzung führt nicht zum Ziel.

Staatsrat **Weißhaupt** (Bauernverein) schlägt vor, den Vorstand zu beauftragen, eine neutrale Kommission zu bestellen, die die in der Erklärung des Hauptverbandes enthaltenen Punkte und Vorwürfe nachprüfen und feststellen soll, wer die Schuld am heutigen Zustand trägt. Der Gegenseite komme es lediglich darauf an, die ihr unbequeme jetzige Leitung zu stürzen. Die Gruppe des Bauernvereins werde dem verminderten Voranschlag mit 32 *Rpf* Umlage wie früher zustimmen.

Bürgermeister **Bärmann** meint, man sollte in der Bewirtschaftung des Weingutes Blankenhornsberg ein langsameres Tempo einschlagen, sonst würde dasselbe zu einem schweren Zuschußbetrieb werden.

Abg. **Zorn** (Arbeitnehmer) hält die Möglichkeit, jetzt unrentable Güter abzustoßen, nicht für gegeben.

Abg. **Klaiber** (Hauptverband) will nichts dazu beitragen, heute eine Krisis in der Landwirtschaftskammer herbeizuführen. Die Landwirtschaftskammer müsse aber den Beweis liefern, daß sie sparen kann; sie dürfe nicht eine weitere Belastung von der Landwirtschaft verlangen, die unter der Steuerwelle schmachte.

Präsident **Gebhard** weist es zurück, daß die Erklärung seiner Gruppe nicht in allem der Wahrheit entspräche.

(Fortsetzung des Berichtes in der morgigen Nummer)

Letzte Nachrichten

Um die große Koalition

Wird der Reichspräsident eingreifen?

M. **Berlin**, 15. Juni. (Priv.-Tel.) **In der Regierungskrise waren bis Freitag mittag keinerlei Fortschritte zu verzeichnen. Erst am Nachmittag nach Schluß der Plenarsitzung wird die Deutsche Volkspartei eine neue Fraktionssitzung abhalten, in der höchstwahrscheinlich Dr. Stresemann trotz seines leidenden Zustandes erscheinen wird. Das ist umso notwendiger, als mit ziemlicher Sicherheit verlautet, daß die gestern von der Deutschen Volkspartei erfolgten Fraktionsbeschlüsse hinsichtlich der Umbildung des Preußenkabinetts sogar gegen den Willen von Dr. Scholz erfolgt sind. Dr. Stresemann wird voraussichtlich ein Kompromiß vorschlagen, von dem anzunehmen ist, daß es auch von den Parteien der Weimarer Koalition in Preußen akzeptiert wird. Dieses Kompromiß dürfte sich in der Richtung bewegen, daß der Deutschen Volkspartei für den Herbst im preußischen Kabinett zwei Ministerposten zugesichert werden.**

Stresemann hatte auch eine längere Unterredung mit Dr. Curtius und Scholz.

Sehr viel beachtet wurde das Erscheinen des Staatssekretärs Meißner im Reichstag. Zunächst galt seine Anwesenheit der Information, um den Reichspräsidenten über den Stand der Regierungsbildung zu unterrichten, doch nimmt man an, daß, wenn nicht in Bälde eine Lösung gefunden wird, Reichspräsident Hindenburg wieder persönlich eingreift. Man kann sagen, daß die Parteien darauf hoffen.

Die Verquickung mit Preußen

In den Verhandlungen über die Bildung des Reichskabinetts hat der Sprecher der deutschen Volkspartei Dr. Scholz erneut mitgeteilt, daß seine Fraktion auf ihrem Standpunkt beharrt. Hermann Müller nahm diese Mitteilung zur Kenntnis, und damit war die Besprechung beendet. Im Anschluß daran hat Dr. Scholz auch den Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei empfangen und von dem Fraktionsbeschluß unterrichtet. Damit betrachtet man im Reichstag zum ersten den Versuch der Großen Koalition als gescheitert.

Von **demokratischer Seite** wird betont, man könne selbstverständlich mit der Bildung der Reichsregierung nicht solange warten bis die preußische Regierung neu gebildet sei; aber andererseits sei schon im Interesse der Fortentwicklung der Reichseinheit eine **größere Homogenität** der Regierung des größten deutschen Landes mit der des Reiches wünschenswert. Die **Sozialdemokraten** erklärten, sie hätten auch den ernsten Willen, in Preußen die Große Koalition herbeizuführen.

Die amerikanische Präsidentschaftswahl

M. **Berlin**, 15. Juni. (Priv.-Tel.) Wie aus New York gemeldet wird, ist zwar die **Wahl Hoovers gesichert**, doch dürfte Dawes, nachdem der Dawesplan genannt worden ist, das Vizepräsidium nicht mehr bekommen, weil auch Coolidge sich gegen seine Kandidatur ausgesprochen habe. Es werden infolgedessen neue Vizepräsidenten genannt, in erster Linie Edge, Curtis und Deneen.

Der Führer der deutsch-dänischen Sammlungsbewegung beim dänischen König

WTB. **Apenrade**, 15. Juni. (Tel.) Der Führer der deutsch-dänischen Sammlungsbewegung, Lei, und sieben Deutsche und Dänen, wurden gestern nachmittag vom dänischen König auf seiner Jacht „Danebrog" in Audienz empfangen. Lei wies in einer Ansprache auf die Forderungen und Wünsche der Bewegung hin, die von den dänischen Staatsministern abgewiesen und nicht einmal in Erwägung gezogen worden sind. Der König erwiderte, er könne eine **bestimmte Antwort nicht geben**, da Regierung und Reichstag in dieser Frage mitzusprechen hätten, er freue sich aber, daß die Herren sich vertrauensvoll an ihn gewandt hätten, und danke ihnen dafür. Die Abordnung war von dem Empfang sehr befriedigt und betonte, wie angenehm der Gegensatz zwischen der wohlwollenden Haltung des Königs und dem abweisenden Tone des Staatsministers berührt habe.

Behinderung des Hilfswerkes für Nobile durch das Wetter

WTB. **Rom**, 15. Juni. (Tel.) Die „Citta di Milano" konnte gestern abend um 10 Uhr mit der Radiostation Nobiles wieder in Verbindung treten, doch waren die Übertragungen nur schwach. Nobile meldete, daß sein jetziger Standort sich infolge des Westwindes etwa 7 Meilen östlich von dem am 12. Juni mitgeteilten Orte befinde. Gegenwärtig herrscht Ostwind, und die ungünstige Wetterlage **verhindert Nachforschungen** mit Flugzeugen.

Unbestätigte Meldung von einer Teilrettung der Nobile-Expedition

WTB. **Berlin**, 15. Juni. (Tel.) Für die Meldung der „B. Z.", daß ein von der „Hobby" entsandtes Hundegespann den schwedischen Meteorologen Malmgren und seine beiden Begleiter, die sich unterwegs nach dem Lande befinden, bereits gefunden habe, liegt keinerlei ernste Bestätigung vor.

* Wirtschaftliche Umschau

Der neue Bericht des Reparationsagenten

Der Reparationsagent, Herr **Parker Gilbert**, hat von neuem **einen Bericht** erstattet. Es ist ein Zwischenbericht, der die ersten neun Monate des vierten Reparationsjahres, also die Zeit vom 1. September 1927 bis 31. Mai 1928, umfaßt. Die deutsche Öffentlichkeit hat alle Veranlassung, diese Berichte des Reparationsagenten mit Aufmerksamkeit zu lesen. Der Agent ist nun einmal der Vertreter unserer Gläubiger, und uns kann die Meinung, die er sich von den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland bildet, gewiß nicht gleichgültig sein.

Zum Kontrolleur dieser Verhältnisse ist er nicht bestellt. Aber wer wollte es dem Reparationsagenten verargen, wenn er in seinen Berichten nicht nur die Dinge schildert, wie sie sind, sondern seinen Auftraggebern auch eine Erklärung für das **Warum** zu geben versucht. Eine solche Erklärung bedingt hie und da Kritik. Und eine solche Kritik kann unter Umständen als Kontrolle und Einmischung empfunden werden. Zurückweisen dürfen wir sie nicht, zumal dann nicht, wenn sie sich in die Form einer sachlichen Darlegung kleidet. Im Gegenteil! Vielleicht vermögen die Mahnungen und kritischen Ausstellungen des Reparationsagenten wirtschafts- und finanzpolitisch manche gute Wirkung zu erzeugen, die sonst ausgeblieben wäre.

Der **vorige** Bericht des Reparationsagenten war bekanntlich fast gänzlich auf den **kritischen** Ton **gestimmt**. Um so erfreulicher ist es für uns, jetzt zu lesen, daß der Reparationsagent die Bemühungen des Reiches und der Länder um eine sparsamere, öffentliche Finanzwirtschaft ausdrücklich **anerkennt**. Trotz mancher Fortschritte bleibt aber nach Ansicht des Agenten **noch viel zu tun**.

Der Bericht stellt abermals fest, daß **Deutschland seine Zahlungen regelmäßig und pünktlich geleistet habe**. Es sei nicht daran zu zweifeln, daß die normalen Zahlungen, die Deutschland vom fünften Jahre ab zu leisten haben wird, aufgebracht werden könnten. Wir wollen hoffen, daß der Reparationsagent mit seiner optimistischen Auffassung recht behält. Immerhin weist auch er in seinem Bericht darauf hin, daß die Höhe der sogenannten „Standard-Annuität", also der normalen Zahlungssumme von 2½ Milliarden pro Jahr in zwei Fällen Änderungen unterworfen bleibt, einmal für den Fall eines erheblichen **Sinkens** unseres **Wohlstandsindex** und dann für den Fall einer außergewöhnlichen **Verringerung der Kaufkraft des Goldes**.

Der Reparationsagent erwähnt, daß die deutsche Ausfuhr höher gestiegen sei, als zu irgend einer andern Zeit seit Bestehen des Dawesplanes. Allerdings gibt auch er zu, es seien viele Anzeichen dafür vorhanden, daß die **Konjunktur ihren Höhepunkt erreicht habe**. Verbrauchspreis und Produktionskosten seien gestiegen. Zu den Gehaltserhöhungen im Bereich der öffentlichen Verwaltungen seien Lohnerhöhungen der privaten Wirtschaft hinzugekommen. Der Kredit sei immer noch knapp.

Was die **Finanzgebarung von Reich, Ländern und Gemeinden** anlangt, so hätten steigende Steuereinnahmen sie erleichtert. Im großen Umfang seien jedoch die steigenden Einnahmen **durch neue Ausgaben verschlungen** worden. **Und noch immer seien die laufenden Ausgaben größer, als die laufenden Einnahmen!**

Die Lage der **Landwirtschaft** sei vor allem deshalb so mißlich, weil die **Zinszahlungen** so außergewöhnlich **hoch** sind. Der Reparationsagent erblickt die Möglichkeit einer Abhilfe im wesentlichen in einer **vollkommenen Neuorganisation der landwirtschaftlichen Methoden**, und zwar in genauer Anpassung an die gegebenen Verhältnisse eines **Industrielandes**. Denn das ist Deutschland in der Hauptsache. Wie wenig man in der Landwirtschaft noch geneigt ist, den Mahnungen zu zeitgemäßen Reformen und Rationalisierungen das Ohr zu leihen, hat die **Landwirtschaftsdebatte im badischen Landtag** und ganz besonders die Rede des Innenministers Dr. Remmele zur Genüge bewiesen.

Der Reparationsagent betont von neuem, daß der **Dawesplan nur eine provisorische Lösung darstellt**, und daß es im Interesse aller Teile liegen würde, wenn **man baldigst zu einer endgültigen Regelung** auf dem Wege gegenseitiger Verständigung gelange. Schon in seinem Bericht vom letzten Herbst hat Parker Gilbert die Notwendigkeit der Fixierung der endgültigen **Reparationssumme** hervorgehoben. Die **Zeitumstände waren damals**

nicht sonderlich günstig. Wir standen vor den französischen und den deutschen Wahlen. Jetzt sind diese Wahlen vorüber; dafür stehen aber immer noch die amerikanischen Präsidentschaftswahlen aus. Und auf **Amerika** kommt es schließlich an. Denn Amerika muß, wenn einmal die Reparationsfrage abschließend geregelt werden soll, sein Einverständnis dazu erklären, daß die **Frage der interalliierten Schulden,** vor allem also der französischen Schulden an Amerika, **mit der deutschen Reparationsfrage verkoppelt wird.**

Nicht nur Deutschland und die Gläubigerstaaten haben ein Interesse an der baldigen und endgültigen Fixierung der Reparationssumme, sondern auch die **privaten Gläubiger,** alle die Personen, welche als Privatleute deutsche Anleihen, Aktien und sonst ige Werte erwerben. Nun ist ja an und für sich diesen ausländischen Geldgebern jede Sicherheit geboten. Aber das Interesse der privaten Gläubiger an einer ruhigen Fortentwicklung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik wird dadurch nicht aufgehoben. Noch sind wir auf ausländische Kapitalhilfe angewiesen. Und auf die Dauer muß uns ein Zustand schädigen, der uns solche Hilfe fernhält oder erschwert.

Dr. Pfülf Regierungspräsident der Pfalz

Dem am 1. Juli d. J. wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand tretenden Regierungspräsidenten der Pfalz Dr. Jakob **Matéus,** wurde die Anerkennung für seine hervorragenden, dem Vaterland in schwerster Zeit treugeleisteten Dienste ausgesprochen. Vom gleichen Tage an wird in etatsmäßiger Weise befördert: der Generalstaatsanwalt beim bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Dr. Theodor **Pfülf** zum Regierungspräsidenten der Regierung der Pfalz. Regierungspräsident Dr. Pfülf ist am 23. September 1866 in Speyer als Sohn eines Apothekers geboren.

Die Angelegenheit Ricklin-Rossé vor der französischen Kammer

Die Kammer beschäftigte sich am Donnerstag wieder mit der Frage der Amnestierung der elsässischen Abgeordneten Ricklin und Rossé. Auf Grund eines Antrages des katholischen Abgeordneten Michael **Walter** erklärte Justizminister **Barthou,** daß ein Nichtigkeitsverfahren vor dem Kassationshofe vorliege und daß die Angelegenheit ausschließlich die Justiz angehe. Der Abg. Walter erklärte, daß die **Lage im Elsaß ernst** sei. Niemand habe das Recht, die beiden, vom elsässischen Volke gewählten Abgeordneten eines politischen Zweckes wegen im Gefängnis zu behalten. Falsch sei, daß Ricklin und Rossé Verschwörer seien. Die Entscheidung des Colmarer Schwurgerichts erscheine als ein **Skandal.**

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung erklärte der sozialistische Abg. Faure, daß die Regierung kein Recht habe, sich in die zur Frage stehenden Angelegenheiten einzumischen. Wenn heute die Kammer sich dem Wunsche der Regierung beuge, breche sie mit ihrer Tradition. Justizminister **Barthou** betonte nochmals, daß die Angelegenheit Ricklin-Rossé einer Nachprüfung des Kassationshofes unterliege, in dessen Entscheidung die Regierung nicht eingreifen könne.

Da der Abg. Faure die Vermutung aussprach, die Entschließung Walther sei zurückgezogen worden, weil die Regierung offenbar **Versprechungen** gemacht habe, erklärte Justizminister Barthou, daß die Regierung kein Recht habe, in die Angelegenheit Ricklin und Rossé einzugreifen, da das Urteil der Nachprüfung des Kassationshofes unterliege, in dessen Entscheidung die Regierung nicht eigreifen könne.

Die Unterredung des Abbé Haegy mit Poincaré

In Straßburg erfuhr man erst am Mittwoch von dem Pariser Aufenthalt des Abbé Haegy, wohin dieser sich auf Wunsch Poincarés begeben habe. Zu der Besprechung selbst erfährt man noch, daß sie zu dem Ergebnis geführt habe, daß **Rossé** und **Ricklin** in **bedingte Freiheit** gesetzt würden bis zum Entscheide des Kassationshofes. Sollte der Kassationshof das Colmarer Urteil bestätigen, so würde am französischen Nationalfeiertag (14. Juli) eine Gnadenmaßnahme zugunsten der beiden Deputierten getroffen werden.

Die Pariser Presse in der Kriegsverzichtpaktfrage optimistisch. Nach Blättermeldungen aus Washington arbeitet das Staatsdepardement, nachdem es nunmehr im Besitz der Antworten der interessierten Regierungen ist, an dem Entwurf, den es den Mächten unterbreiten will. Die Schwierigkeiten beruhen in der Abfassung einer für alle annehmbaren Formel, die insbesondere den französischen Vorbehalten bezüglich der bereits bestehenden Verträge Rechnung trage. Man glaubt zu wissen, daß die letzten diplomatischen Verhandlungen, die hauptsächlich in Washington geführt wurden, zur Klärung der Lage beigetragen haben, die nunmehr als zufriedenstellend angesehen wird.

Scheitern eines französischen Geschwaderfluges. Von 21 Bombenflugzeugen, die Mittwoch abend in Nancy zu einem Geschwaderflug nach Le Bourget aufgestiegen waren, haben nur vier ihr Ziel erreicht. Ein Flugzeug wurde bei einer Notlandung bei Meaux fast vollkommen zerstört, während die Insassen mit leichteren Verletzungen davonkamen. Ein Doppeldecker stürzte in der Nähe von Luzarches auf freiem Felde ab. Der Beobachter wurde getötet, der Pilot konnte sich durch Fallschirmabsprung retten. 5 weitere Flugzeuge wurden bei Notlandungen, die sie unterwegs vornehmen mußten, schwer beschädigt. Über die anderen 10 Apparate fehlt noch jede Nachricht. Das Mißlingen des Geschwaderfluges wird auf die ungünstigen atmosphärischen Verhältnisse im Osten von Paris und auf die infolge einer Störung der Stromversorgung ungenügende Beleuchtung des Flugplatzes Le Bourget zurückgeführt.

Eröffnung der spanischen Sonderschau auf der Pressa. Vor einem Kreis geladener Gäste und der Presse wurde die Sonderschau Spaniens und der latein-amerikanischen Staaten auf der Pressa feierlich eröffnet. Der spanische Arbeitsminister, Don Eduardo Aunos, hielt bei dieser Feier eine Rede. Der Redner gab eine Darstellung des Pressewesens in Spanien und schloß seine Rede mit den Worten: „Im Namen der spanisch-amerikanischen Länder, im Namen Sr. Majestät des Königs, der Regierung und des spanischen Volkes sage ich für die uns gewährte Unterkunft der deutschen Regierung, den Behörden dieser schönen Stadt und dem deutschen Volke unseren aufrichtigen Dank."

Lebt Tschangtsolin noch? „Daily Mail" berichtet aus Tientsin: Nach einem Telegramm aus Mukden hat Tschangtsolin folgende Botschaft an seine Offiziere erlassen: Meine Wunde ist nicht so ernst wie angenommen wurde, und mein Befinden bessert sich. Niemand sollte die Meldungen über meinen Tod beachten. Ich fordere Euch auf, Eure Pflicht zu erfüllen. Bekümmert Euch nicht um die Nachrichten über meinen Gesundheitszustand.

Deutscher Reichstag

WTB. Berlin, 14. Juni.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt

die Wahl des Präsidenten,

der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Abg. Dr. **Frick** (Nat.-Soz.) wird mit dem Ruf empfangen: „Jetzt kommt der Konkurrent!" — Er erklärt: Der Antrag auf Wahl durch Zuruf bedeutet ein Vertrauensvotum für den bisherigen Präsidenten. Wir Nationalsozialisten haben keinen Anlaß, dem Präsidenten Löbe unser Vertrauen auszusprechen. (Rufe bei der Mehrheit: Das ehrt ihn!" und lebhafter Beifall). Wir sprechen ihm vielmehr unser **schärfstes Mißtrauen** aus schon wegen seiner Eigenschaft als Marxist (Gelächter). Wir widersprechen der Wahl durch Zuruf.

Die Wahl des **Präsidenten** wird hierauf durch Stimmkarten vorgenommen. Als ihr Ergebnis verkündet Alterspräsident Bock: Es sind 446 Stimmen abgegeben worden, davon 318 für den Abg. **Löbe** (Beifall), 46 Stimmen für den Abg. Thälmann (Komm.), 12 für den Abg. Dr. Frick und 70 unbeschriebene Zettel. Der Abg. Löbe ist damit zum Reichstagspräsidenten gewählt (Beifall).

Präsident **Löbe** erklärt sich unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit zur **Annahme** der Wahl bereit und führt aus: Zum drittenmale führt mich Ihr Wille in dieses hohe, verantwortungsvolle Amt. Ich kann den herzlichen Dank für dieses große Maß von Vertrauen nur verbinden mit der Versicherung, daß diese Erfahrungen einer fast achtjährigen Amtsführung mich befähigen sollen, die mir übertragene Aufgabe vollkommener zu lösen.

Der **neue Reichstag** steht vor alten Problemen, die noch nicht gelöst werden konnten: Die Prüfung des Wahlsystems, die Revision der Geschäftsordnung, um zu einer rationelleren, den modernen Bedürfnissen angepaßten Lösung zu kommen und zur Wahrung derjenigen Verhandlungsformen, die das Volk von seiner höchsten Vertretung erwarten kann (Lebhafter Beifall, Unruhe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten).

Noch immer lastet auf uns ein **schwerer Druck,** die außenpolitischen Verpflichtungen, die **Reparationsabgaben,** die in diesem Jahre die Höchstsumme erreichen, die Besetzung deutschen Gebiets. Diese harte Kriegslast hat die Erfüllung vieler berechtigter Wünsche behindert. Die **Ausländer** bekommen ein **falsches Bild** von den deutschen Lasten, wenn sie es zu gewinnen suchen, auf den großen Straßen des Weltverkehrs. Die Last dieser Kriegstribute wird an anderen Stellen erarbeitet und mit Entbehrungen getragen: Beim deutschen **Mittelstand,** der noch immer keine gesunde Grundlage für seine Existenz hat finden können, bei den **Angestellten** und **Arbeitern,** die vergeblich ständige Beschäftigung suchen, bei den **Bauern,** deren Notlage von allen Parteien anerkannt worden ist (Beifall). Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß in der vorliegenden Tagungsperiode es uns möglich sein wird, mit der **Begrenzung der Reparationssumme, mit der Kürzung der Räumungsfristen** die gesunde Grundlage zu erreichen für die Erfüllung der nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Wünsche. Dann wird es uns mit größerem Nachdruck möglich sein, jene Politik der Völkerversöhnung und Verständigung fortzusetzen, für die der Ausfall der Wahlen eine so überwältigende Bekräftigung gegeben hat (Beifall).

Der Präsident widmet dann, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, den verstorbenen Abg. Gildemeister, Seeger, Geck und Dr. Heintze Worte ehrenden Gedenkens.

Bei der nun folgenden

Wahl des ersten Vizepräsidenten

schlägt Abg. Schulz-Bromberg (Deutschn.) im Namen der deutschnationalen Fraktion den bisherigen Vizepräsidenten **Gräf-Thüringen** vor.

Abg. Stöcker (Komm.) widerspricht diesem Vorschlag.

Abg. **Koenen** (Komm.) ruft: Gräf, der Hausknecht.

Präsident **Löbe** ruft den Abg. Koenen zur **Ordnung** (Rufe bei den Kommunisten: „Sie sind ja schnell dabei!")

Abg. **Dittmann** (Soz.): Bei der Wahl des Präsidenten haben die Deutschnationalen weiße Stimmzettel abgegeben. Sie haben damit bekundet, daß sie nicht willens sind, den Anspruch der stärksten Fraktion auf den Präsidentenposten anzuerkennen. Aus diesem Grunde wird bei der jetzigen Wahl die sozialdemokratische Fraktion für den Zentrumsabgeordneten Esser stimmen.

Die Zettelwahl hat folgendes Ergebnis: Es sind 448 Stimmen abgegeben worden, davon 191 für den Abg. Gräf (Dntl.), 187 für den Abg. **Esser** (Zentr.), 48 für den Abg. Thälmann (Komm.), 11 für den Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.), 2 für den Abg. Loew (Komm.), 9 Stimmzettel sind ungültig.

Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, wird nun eine Stichwahl zwischen den Abg. Gräf und Esser vorgenommen, aus der der Abg. **Esser** (Zentr.) mit 248 Stimmen als gewählter erster Vizepräsident hervorgeht. Auf den Abg. Gräf (Deutschn.) sind 148 Stimmen gefallen. Abg. Esser nimmt die Wahl an.

Das Wahlergebnis wird von der Mehrheit mit großem Beifall begrüßt.

Bei der

Wahl des zweiten Vizepräsidenten

schlägt Abg. **Schulz-Bromberg** wiederum den Abg. Gräf-Thüringen (Dntl.) vor. Er bemerkt dazu, die sozialdemokratische Beschwerde sei unberechtigt, denn im Mai 1924 hätten die Sozialdemokraten gegen den Kandidaten gestimmt, den für den Präsidentenposten die Deutschnationalen als damals stärkste Fraktion vorschlugen.

Abg. **Dittmann** (Soz.) erwidert, die sozialdemokratische Stellungnahme im Mai 1924 sei dadurch verursacht worden, daß die Deutschnationalen es damals abgelehnt hätten, den zum ersten Vizepräsidenten vorgeschlagenen Sozialdemokraten zu wählen. Die sozialdemokratische Fraktion schlage jetzt als zweiten Vizepräsidenten den Abg. Frhr. v. Kardorff (D. Vp.) vor.

Die Wahl ergibt 142 Stimmen für den Abg. Gräf (Dntl.) 203 für den Abg. v. Kardorff (D. Vp.), 47 für den Abg. Thälmann (Komm.), 11 für den Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.), 2 für den Abg. Geschke (Komm.), 33 Zettel waren unbeschrieben, also ungültig. Da 405 gültige Stimmen abgegeben sind, hat also Präsident Löbe unter Heiterkeit und Beifall der Mehrheit festgestellt, daß Abg. **v. Kardorff** mit 203 Stimmen genau die zu seiner Wahl erforderliche absolute Mehrheit erreicht.

Abg. Dr **Scholz** (D. Vp.) dankt für die Wahl seines Fraktionsfreundes v. Kardorff und schlägt für den Posten des

dritten Vizepräsidenten

nunmehr den Abg. Gräf-Thüringen (Dntl.) vor.

Abg. **Koch-Weser** schlägt Frau Dr. **Bäumer** (Dem.) vor, Abg. Stöcker (Komm.) den Abg. Geschke (Komm.).

Abg. **Dittmann** (Soz.) erklärt, seine Freunde würden für den kommunistischen Kandidaten stimmen, wenn die Kommunisten nicht gegen den Präsidenten Löbe gestimmt hätten. Nunmehr würden die Sozialdemokraten für Frau Dr. Bäumer stimmen (Heiterkeit).

Bei der Wahl werden 439 Stimmzettel abgegeben, davon 199 für den Abg. Gräf (Dntl.), 150 für die Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.), 54 für den Abg. Geschke (Komm.), 12 für den Abg. Frick (Nat.-Soz.), 22 Stimmen sind ungültig, zwei zersplittert. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, findet Stichwahl zwischen dem Abg. **Gräf** und Frau Dr. Bäumer statt.

Bei der Stichwahl wird Abg. **Gräf** mit 205 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt, gegen 167 Stimmen, die auf die Abg. Dr. Bäumer (Dem.) fallen, bei 56 ungültigen Stimmen.

Abg. Gräf ist nicht anwesend. Die Erklärung über Annahme oder Ablehnung der Wahl kann erst später erfolgen.

Die Wahl der 12 Schriftführer wird in einem Wahlgang vorgenommen. Das Ergebnis wird erst nach Schluß der Sitzung festgestellt.

Als der Präsident den nächsten Punkt der Tagesordnung aufruft, kommt es zu einem **Zwischenfall** auf der **Publikumstribüne.** Dort ruft ein Mann: Wir Arbeitslosen protestieren dagegen, daß der Reichstag.... — Der Zurufer wird auf Anordnung des Präsidenten von der Tribüne entfernt.

Gegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Christlichnationalen wird dann der kommunistische Antrag angenommen, daß der kommunistische Abg. **Kippenberger** während der Tagungsdauer des Reichstages aus der **Haft zu entlassen** ist.

Um 17¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 3 Uhr nachmittags, zur Erledigung der von den verschiedenen Parteien vorliegenden Anträge.

*

Wie das VDZ.-Bureau hört, wird sich der Abg. **Gräf** (Dntl.) erst am Freitag entscheiden, ob er die Wahl zum dritten Vizepräsidenten annimmt. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Abg. Gräf seine Entscheidung erst nach Rücksprache mit seiner Fraktion treffen wird.

Kurze Reichstagssitzung

VDZ. **Berlin,** 15. Juni. Der Reichstag, der heute um 3 Uhr zusammentritt, wird sich lediglich mit den verschiedenen Amnestieanträgen zu beschäftigen haben. Diese Anträge werden nach ihrer Begründung durch die Antragsteller den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden, worauf sich der Reichstag auf unbestimmte Zeit, d. h. bis nach der Bildung einer Regierung, **vertagen** wird. Eine nochmalige Wahl des dritten Vizepräsidenten ist nicht notwendig, da der Abg. **Gräf** (Dntl.) sich inzwischen entschlossen hat, die Wahl anzunehmen.

Abgelehnte Mißtrauensvotumten

Im **preußischen Landtag** wurde das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den Kultusminister, worin allgemein das Verhalten des Kultusministers gemißbilligt wird, mit 228 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Für diesen Passus des Mißtrauensvotums stimmte auch die Deutsche Volkspartei, während die Kommunisten sich nicht an der Abstimmung beteiligten.

Das **kommunistische Mißtrauensvotum** gegen das gesamte Kabinett wurde mit 222 gegen 168 Stimmen bei 33 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei abgelehnt.

Drohende Gesamtaussperrung in der Metallindustrie Südwestfalens

WTB. **Hagen,** 15. Juni. (Tel.) Der Lohnkampf in der Lüdenscheider Metallindustrie hält unvermindert an. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, muß, falls es der Schlichtungsbehörde nicht baldigst gelingt, die Beendigung des Kampfes herbeizuführen, damit gerechnet werden, daß die gesamte südwestliche Eisen- und Metallindustrie zur Unterstützung des Lüdenscheider Kampfes die Gesamtaussperrung beschließen wird. In Betracht kommen zirka 60 000 Metallarbeiter.

Die Große Koalition in Anhalt gescheitert. Wie verlautet, tritt die **Deutsche Volkspartei** nicht in die Regierung ein, weil eine Einigung in der Ministerfrage nicht zustandegekommen ist. Dadurch kann die Große Koalition als gescheitert gelten. Es soll nun ein Ministerium gebildet werden, das aus einem Sozialdemokraten und einem Demokraten bestehen wird. Es handelt sich um eine Minderheitsregierung, die jederzeit gestürzt werden kann, weil den 17 Abgeordneten, auf die sie sich stützt, drei Kommunisten und 16 Abgeordnete der Rechten gegenüberstehen.

Ablehnung des Antrages auf Auflösung des sächsischen Landtages. In der Landtagssitzung am Donnerstag wurde der kommunistische Antrag auf Auflösung des Antrages mit den Stimmen der Koalitionsparteien abgelehnt.

Die Finanzierung der diesjährigen Ernte. Über die im Reichsernährungsministerium unter Beteiligung der zentralen Kreditinstitute abgehaltene Beratung über die Finanzierung der diesjährigen Ernte wird mitgeteilt, daß Übereinstimmung darüber erzielt wurde, daß für die Finanzierung und Bewegung der Ernte in ähnlicher Weise wie im Vorjahre gesorgt werden wird.

Neue Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher. Im Reichsrat wurde eine Novelle zur Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher angenommen, worin die Entschädigung für Reisen anderweitig geregelt wird.

Neue preußische Staatsanleihe. Unter Führung der Preußischen Staatsbank erfolgt eine neue preußische Staatsanleihe in Höhe von 50 Millionen *RM.*

Verschärfung des Wiener Ärztestreiks. Im Ärztestreik wurde für Donnerstag eine verschärfte Streikparole ausgegeben. Im Falle eines Fehlschlagens der Verhandlungen soll die passive Resistenz auch auf die Büros der Krankenhäuser ausgedehnt werden. Als letzte Maßnahme ist die Sperre der Ambulatorien in Aussicht genommen. Dringende Fälle sollen jedoch nach wie vor behandelt werden.

Dr. **Stresemann** bleibt vorläufig noch in Berlin. Ein bestimmter Termin für seine Abreise ist noch nicht festgesetzt worden, so daß der Reichsaußenminister bei dem Abschluß der Regierungsverhandlungen noch in Berlin sein wird.

Verschiedenes

Neue Erdstöße in Griechenland

Neue schwere Erderschütterungen haben in der Nähe von Perachora auf der anderen Seite des Golfes von Korinth ein Sinken der Erdoberfläche bis zu einer Tiefe von etwa 100 Metern und das Herabfallen von großen Felsblöcken von der Spitze des Berges Gerania verursacht. Der Bevölkerung hat sich eine Panik bemächtigt und man befürchtet, daß diese Ereignisse die Anzeichen für ein bevorstehendes großes Beben sind.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Kaltluftmassen von der Rückseite des inzwischen nach der Ostsee weitergezogenen Wirbels haben uns erreicht und böiges, wechselnd wolkiges Wetter gebracht. Die heutigen Morgentemperaturen liegen 4—7 Grad unter der gestrigen. Von Westen rückt hoher Druck nach, so daß bei abflauenden Winden wieder etwas Aufheiterung bevorsteht. Die Temperaturen werden jedoch voraussichtlich nur langsam ansteigen, da ganz West- und Mitteleuropa mit Kaltluft überflutet ist. **Wettervoraussage für Samstag, den 16. Juni 1928:** Zeitweise aufheiternd, vorwiegend trocken, bei abflauenden Winden, geringe Erwärmung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Badischer Landtag

DZ. **Karlsruhe**, 14. Juni.

In der Nachmittagssitzung wird zunächst der Gesetzentwurf betr. die

Umschuldungshilfe für die badische Landwirtschaft

aufgerufen.

Abg. **Weißhaupt** (Ztr.) erstattet Bericht über die Ausschußverhandlungen und empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Im Ausschuß wurde die Meinung vertreten, daß die Landwirtschaft zu den derzeitigen Zinssätzen nie von den Schulden loskommen werde, es sei denn, daß man sie so rentabel wie möglich gestaltet.

Abg. **Weißhaupt** berichtet ferner über den Zentrumsantrag, Erhebungen über den Umfang der Frostschäden in den Rebgegenden anzustellen und Hilfsmaßnahmen in Form von Steuernachlässen usw. in die Wege zu leiten, außerdem die Reichsregierung zu bitten, auch ihrerseits durch Steuernachlaß für die Reichssteuern zu helfen. Im Ausschuß wurde zum Ausdruck gebracht, daß solche Anträge künftig um der Wirkung willen gemeinsam von allen Parteien gestellt werden möchten. Der Ausschuß schlägt die Annahme des Antrages vor, den Abg. **Engelhard** (Ztr.) noch besonders begründet. Derselbe erinnert daran, daß der badische Weinbau mit an erster Stelle in Deutschland stehe. Wer kennt nicht unsere Qualitätsweine! Die Reben sind gut gestanden. Über Nacht wurde nicht nur die diesjährige, sondern auch die nächste Ernte zum großen Teil vernichtet. Das gilt in erster Linie von der Bodenseegegend, vom oberen Rheintal, der Markgräfler Gegend und dem Kaiserstuhl, teilweise auch vom Kraichgau. Die Landesökonomieräte mögen mit Geschick und gutem Herzen an die Feststellung der Schäden herangehen.

Damit ist die

allgemeine Landwirtschaftsdebatte

eröffnet.

Abg. **Kramer** (Ztr.) schildert die mißlichen Verhältnisse auf den Höhenlagen des Schwarzwaldes. Die Verschuldung der Landwirtschaft sei auf die Steuerflut der vergangenen Jahre und die hohe Zinsenlast zurückzuführen. Sie werde ihr erliegen müssen, wenn nicht bald durchgreifende Hilfe kommt. Die Milchpreisspanne ist viel zu groß. Auch auf den Höhen sei man bemüht, Qualitätsbau zu treiben. Wichtig hält der Redner einen guten Schulsack des Bauern. Er befürwortet landw. Pflichtschulen und ist hochbefriedigt über den durch die Versuchsringe eingeschlagenen Weg.

Abg. **Reinbold** (Soz.) sieht im Notprogramm eine eilige Arbeit, die die Hilfe für die Landwirtschaft sehr fraglich erscheinen lasse. Für den Kleinbauern sei der Zins- und Tilgungssatz außerordentlich hoch. Bedenken haben wir gegen den Verteilungsapparat. Von Baden aus müsse alles geschehen, um den Apparat so klein wie möglich aufzuziehen. Wir stimmen der Vorlage zu, ebenso dem Antrage auf Erhebungen über die Frostschäden. Etwaige Hilfe muß aber individuell nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse des Betroffenen gewährt werden. Man hebe die Konsumkraft der arbeitenden Bevölkerung und es wird auch die bäuerlichen Produkte besser bezahlen können. Die Schutzzollpolitik habe der Landwirtschaft nichts genützt. (Widerspruch der ländlichen Abgeordneten.)

Abg. **Zeller** (Dntl.) meint, an den heutigen Verhältnissen sei die Gesetzgebung schuld. Man hätte schon 1891 den lückenlosen Zollschutz einführen sollen. Der Redner beklagt den Mangel an landw. Dienstboten, bespricht die Milchfrage und schließt mit dem Wunsche einer günstigen Auswirkung des Notprogramms auch für die badische Landwirtschaft.

Abg. **Brixner** (D.Vpt.) führt aus, die Landwirtschaft sei bestrebt, sich den Wünschen der Verbraucher anzupassen und in der Betriebsverbesserung fortzufahren. Man denke beispielsweise an die Umstellung im Kartoffelbau. Erwünscht wäre, zu erfahren, wenn einmal die Schulden getilgt und zurückbezahlt sein müssen. Der Redner bespricht dann die Absatz- und Preisfrage. Er bedauert die Erhöhung der Grundsteuern und äußert schließlich den Wunsch, daß die Landwirte von dem Tuberkulosetilgungsverfahren restlos Gebrauch mache.

Abg. **Hofheinz** (Dem.) äußert zur Besetzung des Kreditausschusses den Wunsch, daß auch die Pächter zu Wort kommen. Geklärt sei noch nicht die Frage, wer die Kredite in Anspruch nehmen kann. Jedenfalls dürfe man nicht summarisch verfahren. Der Zerstückelung des Bodens müsse endlich durch staatliche Maßnahmen und genossenschaftliche Unternehmungen ein Riegel vorgeschoben werden. Eine Verbesserung der Viehhaltung würde nur erreicht durch zollfreie Einfuhr von Mastfuttermitteln. Die Agrarstatistik werde in Zukunft weit größere Bedeutung erlangen. Auch die politische Seite spiele eine Rolle. Man bringe 9 Millionen Menschen zu einem einheitlichen Handeln.

Abg. **Klaiber** (Wirtschpt.) wendet sich gegen die sozialdemokratische Auffassung über die Schutzzollpolitik. Die Umschuldung sei für die badischen Verhältnisse wertlos. Der Redner hält es für ausgeschlossen, daß landw. Betriebe in Baden 1600 Reichsmark an Zinsen aufbringen können. Die Zwangssteigerungen werden nicht ausbleiben. Es sei nur zu bedauern, daß die Landwirtschaft immer wieder in falsche Hoffnungen eingewickelt wird.

Abg. **Bock** (Komm.) lehnt die Umschuldung ab. Helfen könne den Bauern nur eine Entschuldungsvorlage. Das gegenwärtige Gesetz werde keine Erleichterung bringen. Ein rationelles Arbeiten sei auf den meisten bäuerlichen Betrieben wegen der Verschuldung gar nicht mehr möglich.

Abg. **Duffner** (Ztr.) äußert sich in einer Polemik gegen den Vorredner über die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse in Baden. Die Schlußfolgerung der Statistik, daß wir das typische Land der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe sind, treffe, wenn auch nicht rein zahlenmäßig, so doch praktisch zu. Der Großbetrieb Badens dürfe nicht gemessen werden mit dem Maßstabe des Nordens. Es sei zuzugeben, daß ein 8prozentiger Zinsendienst mit 1½ Prozent Tilgung eine außerordentliche Last bedeutet. Der wichtigste Grund für die Umschuldung liege aber doch in der Langfristigkeit. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sei der Großbesitz nicht zu entbehren und politisch nicht zu beanstanden.

Abg. **Großhans** (Soz.) ist der Meinung, daß es möglich sein müßte, auf dem Wege über die Genossenschaften den Milchproduzenten einige Pfennige mehr zu geben, ohne daß sich dadurch der Konsumpreis verteuert. An Stelle der Getreidezölle wolle die Sozialdemokratie eine Art Staatsmonopol setzen. Was der Abg. Bock über die Umschuldung gesagt hat, sei nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Der eine oder andere habe vielleicht Nutzen davon.

Abg. **Sack** (Ztr.) erinnert an die Erscheinungen der letzten Jahre, durch welche die Zölle faktisch außer Wirksamkeit gesetzt worden sind. In der Tat stelle die Umschuldungsvorlage nichts anderes als einen Betäubungstropfen dar. Wünschenswert und notwendig wäre eine einwandfreie Statistik über den Grad der augenblicklichen Verschuldung. Wir haben nur Ziffern aus dem Jahre 1883. Es ließen sich also interessante Vergleiche anstellen. Nur auf diese Weise würde man einen klaren Blick in die Lage der Landwirtschaft erhalten. Der Redner betont, daß Industrie und Landwirtschaft aufeinander angewiesen, voneinander abhängig seien. Darum gelte der Satz: „Leben und leben lassen."

Damit ist die **Aussprache beendet.**

Die **Umschuldungsvorlage** wird in erster und zweiter Lesung gegen 2 kommunistische Stimmen **angenommen.**

Annahme findet auch der Antrag betr. Feststellung der Rebschäden.

Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) berichtet über die Anträge der Abgeordneten **Lang** (Dntl.) und **Gündert** (DVpt.) auf Erhöhung der ordentl. Budgetpositionen betr. Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens und betr. Staatsbeitrag an den Bad. Verkehrsverband auf je 5000 *RM*.

Der Ausschuß schlägt vor, den Anträgen die Zustimmung zu versagen und folgender Entschließung zuzustimmen:

Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsbahnverwaltung darauf hinzuwirken, daß entsprechend der Lage unseres Landes Baden als Grenzland der Werbetätigkeit für den Fremdenverkehr im Lande Baden erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Anträge Lang und Gündert werden darauf mit allen gegen 15 Stimmen abgelehnt. Bewilligt werden je 2500 *RM*.

Der Entschließung wird einmütig zugestimmt, nachdem Abg. **Gündert** (D.Vpt.) erklärt hat, daß in Baden künftig viel mehr für den Fremdenverkehr geschehen müsse, um die Konkurrenz mit den Nachbarländern aufnehmen zu können.

Hierauf wird der gesamte Titel Gewerbe und Handel nachträglich genehmigt.

Der Präsident ruft alsdann die einzelnen Paragraphen des

Budgets für Ernährung und Landwirtschaft

auf.

Abg. **Weißhaupt** (Ztr.) wendet sich gegen Bemerkungen des Abg. Kurz (Soz.) in bezug auf die Landwirtschaftskammer. Daß das Tabakforschungsinstitut nach Baden kommt, darüber sollte man sich freuen. Auf einen Zuruf stellt der Redner fest, daß der geschäftsführende Direktor der Landwirtschaftskammer ein Gehalt von 12 000 *RM* beziehe und auf Pensionsberechtigung verzichtet habe. Die Veranstaltung einer Enquete durch die Kammer sei vom Innenminister abgelehnt worden.

Ministerialdirektor **Föhrenbach** erklärt dazu, daß der Minister die Enquete deshalb abgelehnt habe, weil sie zu hohe Kosten verursacht und durch Einbeziehung von nur 17 Gemeinden kein zutreffendes Bild der landwirtschaftlichen Verschuldung in Baden ergeben hätte.

Abg. **Bock** (Komm.) beantragt Streichung des Staatszuschusses für die Landwirtschaftskammer. Er will eine reine Bauernkammer.

Es sprechen noch die Abgeordneten **Klaiber** (Wirtschpt.), **Kurz** (Soz.) und D. **Mayer**-Karlsruhe (Dntl.), worauf der kommunistische Antrag abgelehnt und der Staatszuschuß für die Landwirtschaftskammer in der vorgesehenen Höhe bewilligt wird.

Abg. **Sack** (Ztr.) bespricht das landwirtschaftliche Schulwesen. Man müsse zu einer zeitgemäßen Neuregelung mit dem Zwang zur bäuerlichen Fachschulbildung kommen. Auch die Dreiteilung der Kosten unter Staat, Kreis und Gemeinden sei veraltet. Der Redner stellte einen Antrag in eben bezeichnetem Sinne in Aussicht.

Um 8 Uhr beantragt Abg. Dr. **Obkircher** (D.Vpt.) zur Geschäftsordnung, die Redezeit auf 5 Minuten zu beschränken.

Die Mehrheit stimmt unter heftigem Widerspruch des kommunistischen Abg. Bock zu.

Eine Reihe Paragraphen passieren ohne wesentliche Debatte.

Zur Bekämpfung der Rindertuberkulose haben Abg. Dr. **Föhr u. Gen.** (Ztr.) einen Antrag eingebracht, wonach die Untersuchung durch den Bezirkstierarzt gebührenfrei erfolgen soll. — Der Ausschuß empfiehlt die Annahme; die Abstimmung wird ausgesetzt.

Abg. **Heymann** (Komm.) beantragt die Streichung der Staatsbeiträge an die Rennvereine.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. **Bock** (Komm.) begründet weiter einen Antrag auf Einführung einer Hagelzwangsversicherung.

Abg. **Maier**-Heidelberg (Soz.) bemerkt, daß seine Partei grundsätzlich dasselbe wolle, aber jetzt ein Vorstoß untunlich sei.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die restlichen Positionen des ordentl. Etats werden ohne Debatte erledigt.

Beim außerordentlichen Etat begrüßt Abg. **Sack** (Ztr.) die Errichtung eines Rebversuchsgutes im Frankenlande, das diesem Landesteil zur Hebung des Weinbaues schätzenswerte Dienste leiste.

Abg. **Bock** (Komm.) begründet einen Antrag betr. Entschädigungsmaßnahmen für die unbemittelte Kleinbauernschaft bei Unwetter- und Hochwasserschäden.

Ministerialdirektor **Föhrenbach** erklärt: Für 1927 ergibt sich eine Schadenssumme von insgesamt rund 693 200 *RM*. Mit dem im Budget eingesetzten Betrage von 250 000 *RM* kann allerdings nur etwa ein Drittel entschädigt werden. Auf mehrfache Anfragen bei der Reichsregierung wurde uns die Antwort zuteil, daß ein Hilfe von seiten des Reiches nicht möglich sei, weil derartige Unterstützungen nur für Katastrophenschäden im eigentlichen Sinne des Wortes gewährt würden. Bei dieser Frage spielt eben die Finanzlage des Landes mit.

Abg. **Kühn** (Ztr.) erinnert daran, daß der Bezirk Rastatt 2 Jahre hindurch katastrophal heimgesucht wurde. Die Regierung möge nochmals in Berlin vorstellig werden und er, Redner, gebe sich der Hoffnung hin, daß etwas geschieht. In bezug auf die Steuernachlässe dürfte man von den Behörden mehr Entgegenkommen erwarten.

Es kommt dann zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten **Bock** und **Heymann** einerseits und den Abgeordneten Dr. **Schofer** (Ztr.) und **Maier**-Heidelberg (Soz.) andererseits.

Der Antrag Bock fällt. Die Ausschußbeschlüsse werden angenommen, dazu die angekündigten Anträge des Abg. Sack betr. Verschuldungsstatistik und landw. Schulwesen. Die restlichen Ausgabenpositionen passieren debattelos.

Der **Einnahmeetat** des Ministeriums des Innern gibt zu wesentlichen Bemerkungen keinen Anlaß.

Der ganze Voranschlag des Ministeriums (Personalanhang und Sachaufwand) wird in der Gesamtabstimmung gegen 2 kommunistische Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen. Die dazu vorliegenden Gesuche und Anträge finden im Sinne des Ausschußbeschlusses Erledigung.

Um ½10 Uhr abends schließt der Präsident die Sitzung nach 5½stündiger Dauer.

Nächste Plenarsitzung Dienstag, 19. Juni, vorm. 9 Uhr: Justizetat.

Fischmarkierung

Im Auftrage des Deutschen Fischereivereins werden durch den Landesfischereisachverständigen im Rheingebiet und Neckar Fischmarkierungen vorgenommen. Es werden zu genauer Feststellung der Fischwanderungen den Fischen in die Rückenflossen oder in den **Kiemdeckel silberglänzende Metallplättchen** eingedrückt, auf denen ein Buchstabe und eine Nummer stehen. Alle **Berufs-** und **Sportfischer** sollten beim Fischfang genau darauf achten, ob markierte Fische ins Netz oder an die Angel gehen. Zutreffendenfalls sollten genaue Angaben über Ort und Zeit des Fanges, Fischart und Länge des Fisches unter Beilage des Metallplättchens nach **Karlsruhe**, Schloßplatz 19, eingeschickt werden.

Bürgermeisterwahlen in Baden

Bezirk Säckingen. Bei der Bürgermeisterwahl in **Segeten** wurde der bisherige Bürgermeister Friedrich Josef Matt einstimmig wiedergewählt. Herr Matt konnte bereits im vergangenen Jahre sein 50jähriges Jubiläum als Gemeindeoberhaupt feiern. — Die in **Murg** stattgefundene Bürgermeisterwahl verlief resultatlos. Die meisten Stimmen erhielt der jetzige Bürgermeister von Niederhof, namens Graß.

Bezirk Müllheim. Die am Sonntag in **Britzingen** stattgefunden Bürgermeisterwahl verlief ergebnislos. Es muß ein neuer Wahlgang stattfinden. — Bei der in **Marzell** stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Drescher einstimmig wiedergewählt. — Die in **Feuerbach** stattgefundene Bürgermeisterwahl verlief ergebnislos. — Die in **Sitzenkirch** zum drittenmal stattgefundene Bürgermeisterwahl ist wiederum ergebnislos verlaufen. Die Regierung wird nun ein Gemeindeoberhaupt zu wählen haben. — Aus der Bürgermeisterwahl in Holzen ging der bisherige Bürgermeister Friedrich Büchelin wiederum als Gemeindeoberhaupt hervor.

Tagung des süddeutschen Exportvereins

bld. **Mannheim**, 9. Juni. Die gestern hier abgehaltene Mitgliederversammlung des **Süddeutschen Exportvereins** erhielt ihr besonderes Gepräge durch das Ausscheiden des langjährigen Vorsitzenden, Kommerzienrat Bernhard **Spielmeyer**, der seit der Gründung des Vereins diesem als Vorstandsmitglied angehörte und vor 16 Jahren den Vorsitz übernahm. Zum Dank für seine Tätigkeit hat der Verwaltungsrat einstimmig beschlossen, Kommerzienrat Spielmeyer zum Ehrenvorsitzenden des Exportvereins zu wählen.

In der Mitgliederversammlung selbst wurde festgestellt, daß die Vorschläge der **Weltwirtschaftskonferenz** in vielen Fällen einen praktischen Erfolg nicht gehabt haben; so haben Großbritannien, Holland, Österreich, Portugal und eine große Reihe südamerikanischer Staaten ihre Zölle erhöht. Im scharfen Gegensatz zu der Einsicht der Weltwirtschaftskonferenz stehen alle jene Maßnahmen, die man unter der Bezeichnung „administrativer Protektionismus" zusammenzufassen pflegt.

Bei den sich anschließenden **Vorstandswahlen** wurden für den ausscheidenden Kommerzienrat Spielmeyer und dem verstorbenen Kommerzienrat Dr. Hans Klemm Direktor Otto **Klemm** und Dr. Ernst **Röchling** gewählt.

Gemeinde-Rundschau

Der Mannheimer Haushaltsplan. Der zweite Tag der Voranschlagsberatung begann mit der Behandlung der städtischen Werke. Allgemein wurde die hohe Leistungsfähigkeit namentlich des Gas- und Elektrizitätswerkes hervorgehoben. Vergleichsweise seien die Mannheimer Gas- und Strompreise verhältnismäßig niedrig. Eine überaus lebhafte Aussprache gab es, wie jedes Jahr, bei der Besprechung über das Straßenbahnamt. Es wurde festgestellt, daß der Verkehr im Winter keine Zunahme erfahren habe und daß, wenn auch nicht unmittelbar, an eine Tariferhöhung gedacht werden müsse, eine Verbilligung des Fahrpreises könne daher nicht in Frage kommen. Der Voranschlag, der in Einnahmen und Ausgaben mit rund 96 Millionen Reichsmark abschließt, wurde **genehmigt**. Der städtische Zuschuß für das **Nationaltheater** in Höhe von rund 982 000 *RM* wurde ebenfalls genehmigt, in der Erwartung, daß keine Steigerung des Zuschusses eintrete. Der Gedanke einer südwestdeutschen Theatergemeinschaft wurde der Stadtverwaltung zur Erwägung gegeben.

Amtsniederlegung des Heidelberger Oberbürgermeisters. Wie jetzt feststeht, wird Oberbürgermeister Prof. Dr. Walz mit Ende Juli sein Amt niederlegen. Die „Heidelberger Neuesten Nachrichten" teilen mit, daß die Frage der Neuwahl eines Oberbürgermeisters bis jetzt noch ungeklärt ist.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. „Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?" heißt die neue Komödie von W. S. Maugham, die am Sonntag, den 17. Juni, 19½ Uhr, als letzte Neuheit im Konzerthaus unter der Regie von Eugen Schulz-Breiden in Szene geht. In den Hauptrollen sind beschäftigt, die Damen Frauendorfer, Mietens, Rademacher, Willer, Ziegler und die Herren Dahlen, Höcker, Kloeble, Prüter.

Badische Lichtspiele. Auf vielseitigen Wunsch soll wieder einmal der Humor seinen Einzug halten, und zwar in Gestalt von Pat und Patachon, den weltberühmten Komikern, die sich vom Freitag, den 15. Juni ab, in ihrem Film **„Zirkus Pat und Patachon"** zeigen werden. Eine reich und zur Gutsbesitzerin gewordene Schlächtermeisterin, die vom Teufel Hochmut geplagt wird und nur mehr für vornehme Manieren schwärmt, will der noch nüchtern denkende Verlobte ihrer Tochter kurieren. Hierzu gewinnt er Pat und Patachon, die gerade in Gesellschaft einer Tänzerin im Lande herumziehen. Nach einem zwerchfellerschütternden Unterricht in feinen Manieren geht das Trio an die Arbeit. Die hochkomischen Einfälle, die sich nun während des Aufenthaltes auf dem Gute ereignen, bereiten dem Zuschauer das höchste Vergnügen, und so werden unsere Helden wie schon oft, auch jetzt wieder Jung und Alt zu herzerfrischendem Lachen reizen. Außerdem läuft der Film **„Der gute Kamerad"**, ein prächtiges Bildwerk von Menschenpflicht und Hundetreue. So alt wie das Menschengeschlecht ist die Freundschaft zwischen Mensch und Hund, und kein anderes Wesen ist so anhänglich, treu und klug wie dieser. Unschätzbar sind die vielen Dienste, die der Hund dem Menschen leistet, und besonders den bedauernswertesten unserer Mitmenschen, den Blinden, ist er ein Helfer geworden, sie unabhängig von Menschenwillen und Gunst durch die Fährlichkeiten des Daseins zu geleiten. Zum Verständnis zu diesem unserem treuen Genossen und seinen besonderen Aufgaben als Blindenhund zu erziehen, wurde dieser Film geschaffen. Möge jeder dieses so segensreiche Werk nach Kräften fördern helfen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Juni Geld	15. Juni Brief	14. Juni Geld	14. Juni Brief
Amsterdam 100 G.	168.65	168.99	168.68	169.02
Kopenhagen 100 Kr.	112.12	112.34	112.14	112.36
Italien . . 100 L.	22.00	22.04	22.005	22.045
London . . 1 Pfd.	20.406	20.456	20.409	20.449
New York . 1 D.	4.1800	4.1880	4.1815	4.1895
Paris . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.425	16.465
Schweiz . . 100 Fr.	80.57	80.73	80.56	80.72
Wien 100 Schilling	58.805	58.925	58.82	58.94
Prag . . . 100 Kr.	12.395	12.415	12.395	12.415

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badisches Landestheater

Spielplan vom 16. bis 26. Juni 1928

a) Im Landestheater:

Samstag, 16. Juni. ✱ A 29. Th.-Gem. 301—400 und 501 bis 600. **Kleine Komödie.** Von Geyer. 20 bis 22¼ (5 *RM*).

Sonntag, 17. Juni. ✱ G 29. **Der Bettelstudent.** Operette von Millöcker. 19½—22¼ (8 *RM*).

Montag, 18. Juni. Keine Vorstellung.

Dienstag, 19. Juni. Volksbühne 10. **Carmen.** Oper von Bizet. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 19½ bis nach 22½ (7 *RM*).

Mittwoch, 20. Juni. ✱ B 29. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Zum ersten Male: **Die heilige Ente.** Oper von Hans Gál. 19½ bis 22½ (7 *RM*).

Donnerstag, 21. Juni. ✱ D 30 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 701—950. **Oktobertag.** Schauspiel von Kaiser. 20 bis 21¾ (5 *RM*).

Freitag, 22. Juni. Volksbühne 10. **Carmen.** Oper von Bizet. Plätze aller Preisgattungen sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 19½ bis nach 22½ (7 *RM*).

Samstag, 23. Juni. ✱ G 30. Th.-Gem. 951—1200. **Die Herzogin von Padua.** Tragödie von Oscar Wilde. 20 bis 22½ (5 *RM*).

Sonntag, 24. Juni. ✱ A 30. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte) und 1301 bis 1400. **Der Rosenkavalier.** Komödie für Musik von Richard Strauß. 19 bis 22½ (8 *RM*).

Montag, 25. Juni. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: **Die Fledermaus.** Operette von Johann Strauß. 19½ bis 22½ (4 *RM*).

Dienstag, 26. Juni. ✱ C 29. Th.-Gem. 2. S.-Gr. und 3. S.-Gr. (2. Hälfte). **Die heilige Ente.** Oper von Hans Gál. 19½ bis 22½ (7 *RM*).

b) Im Städt. Konzerthaus:

Sonntag, 17. Juni. ✱ Zum erstenmal: **Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?** Komödie von Maugham. 19½ gegen 22 (4,10 *RM*).

Sonntag, 24. Juni. ✱ **Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?** 19½ bis gegen 22 (4,10 *RM*).

c) Auswärtiges Gastspiel:

Donnerstag, 21. Juni. In Baden-Baden: **Der Rosenkavalier.** Komödie für Musik von Richard Strauß.

Vorankündigung:

Letzte Opernaufführung vor den Ferien: **Sonntag, 1. Juli: Der Waffenschmied.**

Letzte Schauspielaufführung vor den Ferien: **Samstag, 7. Juli: Kalkutta, 4. Mai** (Erstaufführung).

Freitag, 29. Juni. Schinderhannes von Zuckmayer (Erstaufführung).

Umtausch für Inhaber von Blockheften Samstag nachmittags 15½ bis 17 Uhr. — Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Dienstag vormittags. **Kartenvorverkauf:** Vorverkaufsstelle des Bad. Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. — Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

13. Karlsruher Ruder-Regatta

41 Vorrennen

16. Juni ab 5 Uhr nachmittags
17. Juni ab 7 Uhr vormittags

22 Hauptrennen

17. Juni ab 2³⁰ Uhr nachmittags

Während der Hauptrennen Konzert

Eintrittspreise:
2,50 RM. numerierter Platz, 2 RM. Festplatz (im Vorverkauf 2 bzw. 1,50 RM.); 1 RM. Siloseite; 0,50 RM. Schüler

Vorverkauf: Zigarrenhaus Meyle und Filialen, Kunsthaus Gerber & Schawinsky

688

Das **gute Bild** 41
die geschmackvolle **Photo- und Bilder-Einrahmung**
finden Sie in größt. Auswahl im Spezialgeschäft
E. BOCHLE INH. W. BERTSCH
Kaiserstr. 132 — Gartensaal Padewet-Geigenhaus

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Freitag, den 15. bis Donnerstag, den 21. Juni, jeweils 20.15 Uhr, Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr, Sonntag, den 17. Juni, nur 16 Uhr

Auf vielseitigen Wunsch Neuaufführung

„Zirkus Pat und Patachon"

Eine lustige Filmkomödie des weltberühmten Komikerpaares in 7 Akten.

Außerdem

Der gute Kamerad

Ein Bild von Menschenpflicht und Hundetreue.

MUSIKBEGLEITUNG

Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr., und Büro, Beiertheimer Allee 10 687

Preise und Ermäßigungen wie üblich

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen usw.

vertilgt radikal
Garantie und billige Berechnung
533
Fr. Höllstern, Karlsruhe
Herrenstr. 5, Zähringerstr. 70II und Nuitstr. 10
Telephon 5791

Tiefbautechniker.

Die **Gemeinde Ottenau i. M.** sucht für die Beaufsichtigung größerer Kanalisations- und anderer Tiefbauarbeiten, sowie zur Bearbeitung des Baufluchtenplanes zum **sofortigen Eintritt** auf die Dauer von 3—4 Monaten einen 686

Tiefbautechniker

mit einigen Semestern Staatstechnikum.

Geeignete Bewerber, welche einige Praxis aufweisen können, wollen sich unter Vorlage eines Lebenslaufs evtl. Zeugnisse und Angabe der Gehaltsansprüche bis längstens **25. Juni d. J.** schriftlich hier melden.

Ottenau i. M., den 14. Juni 1928.

Der Bürgermeister:
Heck.

Möbel Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen 672
einzelne **Möbelstücke**
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungserleichterung. **Kronenstr. 32**
Kein Laden, daher billigste Preise

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung"

Oeffentliche Sparkasse Möhringen

Bilanz auf 31. Dezember 1926

Vermögen	RM
1. Kassenbestand	9 613,54
2. Darlehen auf Hypotheken	55 592,84
3. Darlehen an Gemeinden	54 181,54
4. Darlehen a. Schuldscheine	33 695,35
5. Guthaben bei Banken, Girozentralen, Postscheck	2 318,80
6. Einnahmerückstände	14 652,45
7. Grundstücke und Gebäude	2 991,90
8. Gerätschaften	350,—
	173 396,42

Verbindlichkeiten	RM
1. Spareinlagen	138 865,74
2. Giroeinlagen	17 909,99
3. Rücklagen gesetzlicher Reservefonds	12 542,05
4. Reingewinn v. Jahre 1926	4 078,64
	173 396,42

Berechnung der Rücklagen

Der gesetzliche Reservefonds hat zu betragen:
8% aus 156 775,73 . . . . . 12 542,05 *RM*
Derselbe beträgt auf Schluß des Jahres 1926 16 620,69 „
Somit mehr 4 078,64 *RM*

272

Möhringen, den 12. Juni 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats. Beck. **Der Geschäftsleiter:** Müller.

Wahl der Vertreter der Unternehmer zur Genossenschaftsversammlung der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft aus dem Kreise Baden.

Auf Grund der einzigen als gültig festgestellten Wahlvorschlagsliste des land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für Baden gelten als Vertreter und Stellvertreter der Unternehmer in der Genossenschaftsversammlung der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Wahlperiode 1928/32 die nachfolgenden Personen als gewählt:

I. Vertreter:

1. Stemmle, Lorenz, Gemeinderat, Kuppenheim,
2. Schaufler, Theodor, Bürgermeister, Neusatz.

II. Stellvertreter:

für 1: a) Schmauder, Julius, Landwirt, Baden-Baden,
b) Morgentaler, Josef, Bezirksvorstand des Badischen Bauernvereins, Fautenbach,
für 2: a) Weber, Josef, Landwirt, Baden-Baden,
b) Trey, Josef, Bürgermeister, Steinmauern.

Ich bringe dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit dem Anfügen, daß die Gültigkeit der Wahl binnen 8 Tagen beim Landesversicherungsamt in Karlsruhe angefochten werden kann. Während dieser Einspruchsfrist liegen die Wahlakten im Büro der Kreisverwaltung Baden zur Einsicht der Beteiligten offen. N.273

Baden-Baden, den 13. Juni 1928.

Der Kreisvorsitzende als Wahlleiter:
Schneider.

Badisches Landestheater

Samstag, 16. Juni
*A 29 Th.-Gem. 301—400 und 501—600

Kleine Komödie

von Siegfried Geyer

In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Breiden

Baron	Leitgeb
von Baltin	von der Trenck
Frau von Baltin	Willer
Daisy	Quaiser
Maria	Rademacher
Bastien	Kloeble
Kellner	Prüter
Chauffeur	Schneider

Anfang 20 Ende 22¼

I. Rang und I. Sperrsitz 5 *RM*

So. 17. Juni: **Der Bettelstudent.** Im Konzerthaus: **Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?** (Erstaufführung)
Mo. 18. Juni: **Keine Vorstellung**

Städtische Sparkasse Mannheim.

(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1927. N.274

Vermögen:		RM
A. Aufwertungsschuldner aus Darlehen:		
I. Hypotheken	9 688 526,89 *RM*	
II. „	4 767,05 „	
an Sonstige	77 157,44 „	
Wertpapiere (Anl. Ablösung)	549 842,59 „	10 320 293,97
Guthaben aus Kapitalzinsen (Zinsrückstände)		111 345,68
B. Kasse		158 976,34
Wechsel		231 516,34
Wertpapiere		2 444 658,75
Guthaben bei Girozentr., Banken und Postscheckämtern		4 404 944,74
Guthaben aus gegen hypoth. Sicherheiten gegebenen Darlehen		25 924 603,81
Guthaben aus Faustpfand- u. Bürgschaftsdarlehen		238 607,76
Guthaben aus Darlehen an Gemeinden usw.		1 630 518,82
Guthaben aus Darlehen an Sonstige		710 000,—
Guthaben aus Vorschüssen, allgem.	83 818,35 *RM*	
Vorschüssen, Baurechnung	183,96 „	84 002,31
Guthab. a. Kapitalzinsen (Rückstände)		288 928,01
Verwaltungsgebäude:		
Stand am 1.1.1927	1,— *RM*	
Zugang d. Neubau	238 580,82 „	238 581,82
Einrichtung	15 930,55 *RM*	
Abschreibung	1 930,55 „	14 000,—
Maschinenkonto	96 519,45 *RM*	
Abschreibung	26 519,45 „	70 000,—
		46 870 978,35

Schulden:			RM
A. Guthaben der Aufwertungsgläubiger:			
aus noch ausstehenden Kapitalien		9 770 451,38 *RM*	
aus Anleihe Ablösg. (Wertpapiere)		549 842,59 „	10 320 293,97
aus dem Aufwertungsfonds: 1. 1. 27		1 179 942,47 *RM*	
Zugang 1927 einschl. Verzinsung (42 347,50 *RM*)		1 183 236,70 „	
		2 363 179,17 *RM*	
Abgänge 1927	91 958,10		
„ an Anteilsch.	504,48		
„ an Altsparer	1 304 378,02	1 396 840,60 „	966 338,57
B. Guthaben der Einleger:			
auf Reichssparmarkkonten		29 580 885,19 *RM*	
auf Geschenksparmarkkonten		137 590,71 „	
auf Reichskreditbriefkonten		102,37 „	
auf Reichsscheck- und Girokonten		3 381 751,51 „	33 100 329,78
Kreditoren (Depositen)			700 000,—
Gläubiger aus Vorschüssen			42 326,95
Rücklagen:			
gesetzl. Stand am 1. 1. 1927		1 142 412,31 *RM*	
zu Reingewinn 1927		599 276,77 „	1 741 689,08
			46 870 978,35

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat nach § 23 der Satzungen zu betragen:
10% aus 33 100 329,78 *RM* Einlagen . . . . . 3 310 032,98 *RM*
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 . . . . . 1 741 689,08 „
Somit weniger . . . . 1 568 343,90 *RM*

Mannheim, den 18. Mai 1928.

Städtische Sparkasse Mannheim
(Öffentliche Sparkasse)

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Walli, Erster Bürgermeister. **Der Direktor:** Riebel.

Druck G. Braun, Karlsruhe